

Pressemitteilung

Jochen Marwede

Fraktionsvorsitzender

Tel.: +49 (177) 62 99 082

Jochen.marwede@gmail.com

Doris Siegfried

Stellv. Fraktionsvorsitzende

Tel.: +49 (6374) 5432

doris.siegfried@gmx.de

Dr. Eike Heinicke

Jutta Neißer

Hochspeyer, 30. August 2019

Betreff: Fliegender Start für die KlimaschutzmanagerIn verpasst! Fangen wir wirklich von Null an mit der Diskussion um die notwendigen Ziele?

Sehr geehrte Damen und Herren,

In der Kreistagssitzung am 26.8.2019 wurden zwei wichtige Schritte für den Klimaschutz beschlossen. Einmal fand der Sachstandsbericht für das geplante Klimaschutzkonzept und KlimaschutzmanagerIn breite Zustimmung, zum anderen wurde der Beitritt des Kreises Kaiserslautern zum Klimabündnis (<https://www.klimabuendnis.org/home.html>) beschlossen. Damit erklärt der Kreis auch seinen Beitritt zu den Zielen des Klima Bündnisses. Zuallererst steht hierzu in der sog. Erklärung von Barcelona des Klima Bündnisses, dass die Mitglieder sich dem 1,5 Grad Ziel des Pariser Abkommens verpflichten, mit folgenden konkreteren Zielen:

- Reduktion der CO₂ –Emissionen um 10 Prozent alle fünf Jahre
- Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen bis spätestens 2030 (Basisjahr 1990)
- Schutz der tropischen Regenwälder durch weitest gehenden Verzicht auf Tropenholznutzung, ansonsten nur FSC-zertifiziertes Tropenholz
- Unterstützung von Projekten und Initiativen der indigenen Partner

Diese Ziele gelten für den gesamten Kreis, also die eigenen Aktivitäten und die Aktivitäten der kreisangehörigen Kommunen, der Bürger, des Gewerbes, der Industrie und alle anderen Emissionen im Kreisgebiet.

In einem Ergänzungsantrag hat die Fraktion Bündnis90/Die Grünen dies ausdrücklich begrüßt, aber auch dargelegt, dass die Halbierung der Emissionen bis 2030 nach letzten Erkenntnissen nicht ausreicht, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen. Hierfür müsste Deutschland bis 2030 komplett klimaneutral werden, wenn man sich vom globalen Kohlenstoffbudget* eine Menge proportional zur Bevölkerungsanzahl zugesteht.

** Kohlenstoffbudget ist die Menge an CO₂, die noch ausgestoßen werden darf, um noch innerhalb der Pariser Ziele zu bleiben. Für weitere Details siehe beigefügten Antrag.*

Dieses Ziel ergibt sich nicht aus einer Betrachtung des Machbaren, sondern ergibt sich auf der besten wissenschaftlichen Grundlage aus der Notwendigkeit, unsere Lebensgrundlagen zumindest in einem Ausmaß zu schützen, dass die Folgen des Klimawandels noch einigermaßen handhabbar bleiben. Das kann man ignorieren, muss man aber nicht!

„Um die Brücke zwischen dem Machbaren und dem Notwendigen zu schlagen, haben wir beantragt, dass nicht für den gesamten Kreis aber immerhin für die eigenen und direkt vom Kreis beeinflussten Aktivitäten das Notwendige zielbestimmend sein soll,“ erläutert der Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen, Jochen Marwede. „Das wäre der Vorbildwirkung der öffentlichen Hand angemessen und setzt somit auch Impulse für andere.“

Der Beschlussvorschlag lautet wie folgt:

„Der Kreis Kaiserslautern setzt sich für die eigenen und unmittelbar von ihm beeinflussten Aktivitäten folgende Reduktion von Treibhausgasen als Ziel:

- bis 2025 eine Treibhausgasreduktion um mindestens 60 % gegenüber 1990 zu erreichen
- bis zum Jahr 2030 bilanziell treibhausgasneutral zu sein

Neben entsprechenden Maßnahmen bei allen eigenen und vom Kreis unmittelbar beeinflussten Aktivitäten wird der Kreis die angehörigen Kommunen für ihre eigenen und unmittelbar von ihnen beeinflussten Aktivitäten unterstützen, fördern und fordern mit dem Ziel auch in allen Aktivitäten der kreisangehörigen Kommunen die oben genannten Ziele zu erreichen.“

Dies ist eine ambitionierte, aber aus unserer Sicht realistisch erreichbare Zielsetzung. Der Antrag enthielt in der Begründung zudem eine beispielhafte, nicht abschließende Liste mit 13 möglichen Maßnahmen, die zur Zielerreichung beitragen können.

Sehr ambitionierte Ziele sind unter anderem notwendig, weil in den letzten 10 Jahren bundesweit zu wenig für den Klimaschutz gemacht wurde. Der Ansatz eines Kohlenstoffbudgets verlangt aber für jedes Jahr, in dem zu wenig passiert, umso schärfere Ziele für die Jahre danach. Die Kurve wird immer steiler, das Problem immer schwerer zu lösen. Auch für den Kreis wird das immer schwieriger und teurer, je länger man zögert. Trödelt man jetzt noch ein Jahr, müssen wir Klimaneutralität dann in 2029 statt in 2030 erreichen, um im sog. Kohlenstoffbudget zu bleiben.

Die Diskussion im Kreistag war geprägt vom Bedenkentragen und einer ausgeprägten Unsicherheit in inhaltlichen Fragen: „können wir gar nicht beurteilen“, „viel zu teuer“, „wir können doch jetzt nicht diese 13 Maßnahmen beschließen“ (war auch gar nicht gefordert!) Über die wissenschaftlich fundierte Notwendigkeit ambitionierter Klimaschutzziele und die Konsequenzen, sich diese nicht zu setzen, war da wenig zu hören!

Es wurden auch viele Bedenken vorgebracht, die mit den Zielen des Kreises Kaiserslautern so direkt gar nichts zu tun haben. Arbeitsplätze bei Automobilzulieferern im Kreis, die nichts anderes tun können und wollen als Teile für Verbrennungsmotoren herzustellen. Nun, die Arbeitsplätze in der Fertigung von Verbrennungsmotoren sind mittelfristig weg. Die Frage ist, ob der Rest der Autos noch von BMW, VW, Daimler, Opel und den bestehenden Zulieferfirmen gebaut werden, oder von BYD, Tesla, Sono Motors und neuen Zulieferern. Man tut diesen Firmen, und auch deren Mitarbeitern, überhaupt keinen Gefallen, wenn man ihnen vorgaukelt,

die deutsche Politik könnte diesen Verlust verhindern. Umso später machen sie sich auf den notwendigen Weg, und umso schwieriger wird der Umstieg. Neben guter Klimaschutzpolitik ist der offene Umgang mit den wissenschaftlichen Grundlagen und den daraus abgeleiteten Zielen somit auch gute und zukunftssichernde Wirtschaftspolitik.

„Aber die Stadtwerke Landstuhl verkaufen nur Erdgas, was soll aus den Stadtwerken werden wenn wir öffentliche Gebäude nicht mehr mit Erdgas heizen?“, hieß es. Nun, die Stadtwerke Landstuhl werden unter der ohnehin notwendigen und kommenden Veränderung umso mehr leiden, umso später Vorstand und Aufsichtsrat strategische Alternativen entwickeln. Hier hilft nur, sich um die eigene Zukunft zu kümmern, und zukunftsfeste Geschäftsmodelle zu entwickeln, und damit vielleicht die Herausforderung sogar in eine Chance zu verwandeln.

Ist das wirklich alles so teuer für den Kreis? Muss man wirklich mit allen Maßnahmen warten, bis ein vollständiges Konzept vorliegt? Oder kann man wenigstens mit den Maßnahmen starten, die bereits bekannt, wirksam und tragbar oder gar finanziell positiv sind? Im Anhang beleuchten wir diese Frage für die 13 von uns beispielhaft vorgeschlagenen Maßnahmen.

„Nach den Erklärungen und Verträgen von Rio de Janeiro 1992, Kyoto 1997, Kopenhagen 2005 und Paris 2015, um nur die wichtigsten Meilensteine zu nennen, kam man sich vor, als ob sich manche Fraktion zum ersten Mal und ganz überraschend mit Klimazielen auseinander setzen musste, und damit was diese für uns hier vor Ort bedeuten,“ wundert sich Marwede.

Beantragt von der CDU und unterstützt von der Verwaltung wurde dann die Vertagung unseres Antrages beschlossen „bis die KlimaschutzmanagerIn hier ist“. Die Erwartung, dass alle diese Bedenken von einem Klimaschutzkonzept und einer KlimaschutzmanagerIn gleich zu Anfang beantwortet, die vorgebrachten Bedenken auf diesem Wege vollständig ausgeräumt werden können, ist komplett unrealistisch. Nicht nur vom Arbeitsumfang sondern auch von der Position in der Verwaltung her. Das zeigen die Erfahrungen aus den Kommunen, die seit Jahren ein Klimaschutzmanagement haben. Denn auch in diesen Fragen fangen wir nicht von Null an. Statt mit einem klaren politischen Mandat, in die notwendige Arbeit einzusteigen, wird der KlimaschutzmanagerIn zunächst also genau diese Skepsis entgegenschlagen, „geht nicht“, „zu teuer“, „können wir nicht beurteilen“. Und so geht wieder ein Jahr dahin, und wieder wird die Kurve etwas steiler, die Herausforderung für die Zukunft noch größer.

„Es hilft nichts, so zu tun als ginge uns der Klimaschutz nur soweit etwas an, wie er uns keine allzu große Veränderung abverlangt,“ schließt Marwede. „Je früher wir die wissenschaftlich begründete Notwendigkeit und auch die Chancen eines ambitionierten Klimaschutzes be- und ergreifen, umso leichter wird der Weg. Dazu gehört auch, jetzt ambitionierte Ziele zu setzen, und alle zukünftigen Entscheidungen an diesen zu messen.“

Mit sonnigem Gruß



Jochen Marwede
Fraktionsvorsitzender
Bündnis90/Die Grünen im Kreistag Kaiserslautern

Anhang – Maßnahmen und ein Blick auf Kosten und Wirtschaftlichkeit

Diese 13 Maßnahmen haben wir in unserem Antrag im Kreistag vom 26.8.2019 beispielhaft angeführt. Kommentare zu Kosten und Wirtschaftlichkeit der einzelnen Punkte:

1. Klimaschutzpotential bei allen vom Kreis betreuten Liegenschaften ausschöpfen (Sanierung, PV, Solarthermie, BHKW)

Da muss erstmal Geld investiert werden, das ist richtig. Es handelt sich aber oft, wenn auch nicht immer, um betriebswirtschaftlich positive Maßnahmen, für den Kreis spätestens wenn diese zusätzlich aus Landes- oder Bundesmitteln gefördert werden. Wenn man wirklich nicht selbst investieren möchte gibt es Contracting Ansätze, bei denen Vertragspartner investieren und aus zukünftigen Einsparungen bezahlt werden. Kosten für den Kreis: über die Jahre nahe Null, mit zusätzlicher regionaler Wertschöpfung durch Handwerkerleistungen und Akquise von Fördermitteln, die in den Kreis fließen.

2. Potential der Energiegesellschaft ausschöpfen

Die Energiegesellschaft des Kreises wurde relativ spät gegründet, und hat sich bisher auf einige wenige Projekte beschränkt. Sie hätte aber durchaus das Potential, profitabel in Erneuerbare Energien zu investieren. Das können andere ja auch, wie Bürger, Bürger-Energiegenossenschaften sowie eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Unternehmen vorleben.

Kosten für den Kreis: etwas Personalaufwand, der aber in profitable Projekte mündet (wenn sie nicht profitabel sind, macht man sie nicht)

3. Neubauten des Kreises nur noch Positivenergiegebäude mit Nutzung regenerativer Energie

Gebäude im Passivhausstandard müssen nicht teurer sein, als konventionelle Gebäude. Eine Studie der Stadt Hamburg aus dem Jahr 2016 über 112 Gebäude mit insgesamt rund 4 800 Wohneinheiten zeigt eindrucksvoll, dass nach Passivhaus-Standard errichtete Gebäude im Schnitt in den Baukosten gleichauf liegen können. Hinzu kommen die Einsparungen in den Betriebskosten. Selbst wenn die Baukosten etwas höher liegen sollten, die Einsparungen im Betrieb können diese in vielen Fällen mehr als kompensieren.



Quelle: <https://www.hamburg.de/energieeffizientes-bauen/6943798/baukostenanalyse/>

Der Schritt vom Passivhaus zum Positivenergiehaus besteht darin, zusätzlich zu guter Konzeption und guter Dämmung Erneuerbare Energien einzusetzen. Diese sind in vielen Fällen in sich selbst wirtschaftlich. Ein ähnlich günstig errichtetes Gebäude, mit geringeren Betriebskosten, und in sich selbst wirtschaftlichen Erneuerbaren Energien ist insgesamt eben nicht teurer, oder weniger wirtschaftlich, sondern insgesamt günstiger und wirtschaftlicher als so manches konventionell errichtete Gebäude.

Kosten für den Kreis: insgesamt um die Null

4. Fördermaßnahmen (e.g. für KiTas, Katastrophenschutz, IGSen, Schulen, etc.) nutzen, um Positivenergiegebäude zu fordern bzw. starke Anreize für Positivenergiegebäude zu geben

Hier geht es darum, das oben Genannte auch bei den nur indirekt beeinflussten Aktivitäten zum Einsatz zu bringen. Wir geben zum Beispiel höhere Baukostenzuschüsse zu Kitas als wir müssten. Eine gute Sache, die man aber auch daran koppeln könnte, dass die geförderten Gebäude sehr hohen energetischen Standards genügen. Kosten für den Kreis: null.

Kosten für die Kommunen: siehe oben

5. Hindernisse für Freiland PV und Windkraft im Kreisgebiet soweit wie möglich abbauen

Freiland PV und Windkraft gehören nicht überall hin. Ohne geht es aber auch nicht, dann rücken die Klimaziele in unerreichbare Ferne. Hier kann der Kreis eine wichtige Rolle übernehmen, Informationen zusammenzutragen, Best Practice und Solidarpakte zwischen betroffenen Kommunen zu vermitteln, und in Raum- und Umweltplanung Bereiche zu schaffen, die auch die großtechnische Erzeugung Erneuerbarer Energien fördert.

Kosten für den Kreis: Personalkosten (Personenwochen, eventuell -monate)

6. Musterklauseln für Bebauungspläne mit Klimaschutz Vorgaben vorbereiten, um kreisangehörigen Kommunen die Einflussnahme auf Klimaschutzmaßnahmen in Neubaugebieten zu erleichtern

Es gibt Kommunen, die bereits heute über die Bauleitplanung Einfluss auf die energetische Qualität und die Nutzung von Erneuerbaren Energien in Neubaugebieten, Gewerbe- und Industriegebieten nehmen. Hier wäre es sinnvoll, wenn der Kreis diese zusammenträgt, bewertet, und den kreisangehörigen Kommunen Hilfestellungen und Muster an die Hand gibt, dies rechtssicher umzusetzen wo gewünscht.

Kosten für den Kreis: einige Tage, eventuell einige Wochen einer MitarbeiterIn.

7. Eigene Fahrzeugflotte bis Ende 2021 komplett auf eFahrzeuge umstellen

Hierfür gibt es zur Zeit noch Förderprogramme, die 90% der Mehrkosten der eFahrzeuge sowie 90% der Kosten für die notwendige Ladeinfrastruktur übernehmen. Damit kommen eFahrzeuge den Kreis in der Anschaffung wenige Prozent teurer als die Anschaffung konventioneller Fahrzeuge. Diese Mehrkosten sind leicht durch Einsparungen in den Betriebskosten zu kompensieren (10 Jahre keine Kfz Steuer, kein Ölwechsel, keine Zündkerzenwechsel, kein Auspuffsystem, kaum Bremsenverschleiß, ... und freies Parken in der Stadt Kaiserslautern).

Kosten für den Kreis: Personaleinsatz für die Planung und die Förderanträge, etwas höhere Investitionen bei signifikant geringeren Betriebskosten

Risiko: Wenn man hiermit wartet, gibt es diese Förderprogramme unter Umständen nicht mehr.

8. (Teile der) Westfälzer Moorniederung als aktives Moor reaktivieren

Ein großes Projekt, das nicht über Nacht und auch nicht innerhalb eines Jahres realisiert werden kann. Dass so etwas technisch und naturschutzfachlich prinzipiell möglich ist, zeigen Projekte im Hunsrück und in Irland. Förderprogramme hierfür sind sicherlich auch aufzutreiben. Es wäre sinnvoll, hier erste Schritte bereits im kommenden Jahr zu gehen, um sich zu informieren, um betroffenen Landwirte einzubeziehen, und mögliche Fördertöpfe zu identifizieren.

9. Fahrradwegkonzept umsetzen und fortschreiben

Diese Maßnahme ist so offensichtlich, dass man hierfür sicherlich keine lange Klimaschutzkonzept-Entwicklung braucht, und auch eine neue KlimaschutzmanagerIn wird die Notwendigkeit hierfür nicht in Abrede stellen. Insofern ist durch eine Vertagung absolut nichts gewonnen.

Kosten für den Kreis: möglicherweise signifikant, wenn Radwegeausbau aus eigenen Mitteln finanziert werden muss.

Chancen: mehr Fahrradverkehr, weniger Luftverschmutzung, geringere Straßenabnutzung, (gesündere Bevölkerung)

10. Entsprechend Einfluss ausüben auf kommunale Unternehmen und alle Unternehmen, Zweckverbände und ähnlich Körperschaften an denen der Kreis beteiligt ist

Hier geht es im Wesentlichen darum mit ambitionierter Zielsetzung und Einflussnahme in den Gremien, darauf zu drängen, dass diese Organisationen sich frühzeitig auf den Weg machen und entsprechende Überlegungen anstellen. Die Diskussion um das Beispiel der Stadtwerke Landstuhl zeigt eindringlich, dass man diesen Unternehmen keinen Gefallen tut, wenn man die notwendige Veränderung vertagt. Es wird mit der Zeit immer schwieriger, die Kurve noch zu kriegen.

Kosten für den Kreis: strategische Überlegungen, Prioritätensetzung und Einbringen in den entsprechenden Gremien.

Kosten für die Unternehmen es zu tun: sowieso notwendige Überlegungen über die Zukunftsfestigkeit müssen angestellt, neue Geschäftsmodelle entwickelt und ausprobiert werden. Hierfür sind sicher auch Investitionen notwendig.

Kosten für die Unternehmen es nicht zu tun: schlechte / späte Vorbereitung auf einen sowieso kommenden Wandel.

11. Information und Anregungen auch für Bürger und Gewerbetreibende

Dies wäre ureigenste Aufgabe einer KlimaschutzmanagerIn. Hier lässt sich über bestehende Kanäle wie die Verbraucherzentrale, die Energieagentur und die Wirtschaftsförderung auch vor Ankunft von Klimaschutzkonzept und –managerIn einiges machen, ohne riesige Kosten anzuhäufen. Diese Kanäle wird eine KlimaschutzmanagerIn ebenfalls nutzen müssen, da eine Person dies für den gesamten Kreis realistischerweise alleine nicht leisten kann.

12. Erfolgreiches unbürokratisches Zuschussmodell für Bürgerbusse auf Repaircafés, Tauschboxen, Klimaschutzpaten, etc. erweitern

Kosten für den Kreis: Das wird tatsächlich etwas Geld kosten. Bei den Bürgerbussen sind es für den Kreis bei im Schnitt einem neuen Bürgerbus Projekt im Jahr etwa 5 000 Euro pro Jahr. Das Beispiel Bürgerbus zeigt eindringlich, dass hier ehrenamtliche Kräfte mobilisiert werden können, die an diese Gelder einen sehr langen Hebel setzen.*

** 11 von 71 Bürgerbussen im Land Rheinland-Pfalz fahren im Kreis Kaiserslautern! Stolz 15% der Rheinland-Pfälzischen Bürgerbusse bei einem Bevölkerungsanteil von gerade einmal 2,5%. Der unbürokratische Startzuschuss des Kreises spielt hier aus eigener Erfahrung eine wichtige Rolle.*

13. Hoch-geförderte Maßnahmen wie z.B. Quartierssanierungskonzepte mit 95% Förderquote akzeptiert der Kreis als Kommunalaufsicht auch in stark verschuldeten kreisangehörigen Kommunen.

Hier braucht es die Einsicht in der Rolle der Kommunalaufsicht, dass man einem nackten Mann nicht mehr in die Tasche greifen kann. Zu fordern, dass bei einer Förderquote von 95% z. B. für ein Quartierssanierungskonzept und –management der Eigenanteil der Kommune von 5% noch (teilweise) an anderer Stelle eingespart werden muss, geht an der Sache wirklich vorbei.

Kosten für den Kreis: Null.

Wirkung auf die Kommunen: einfacherer Zugang zu hoch geförderten Programmen, deren lokale Wertschöpfung den 5%-igen Eigenanteil weit übersteigen.*

** Alleine der Einkommensteueranteil einer mit 95% geförderten Stelle einer Quartierssanierungs-ManagerIn übersteigt den Eigenanteil der Kommune. Die Wertschöpfung durch angeregte Projekte kommt dann noch hinzu. In Otterbach-Otterberg wurden von der KlimaschutzmanagerIn zum Beispiel Investitionen von 1,3 Millionen Euro angeregt und 800 000 Euro Fördermittel in die Kommune geholt.*